

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2593 und 2598.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.
Fernsprecher: Amt Norden 9768.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 M. Für die Erledigung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einzahlung der Bezugsgebühr erforderlich. — Die „Freiheit“ ist im ersten Nachtrag der Postzustellungsliste für 1919 eingetragen und kostet bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2 M., bei Zustellung unter Streifenband 4 M.

Berliner Organ

Inseratskosten die nebengeordnete Anzeigenzeile oder deren Raum 10 Pf. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Die dreispaltige Anzeigenszeile 3 M., Teuerungszuschlag 50 %. Bei Familienanzeigen, Versammlungsanzeigen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserats für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 6 Uhr abends bei der Expedition, Schiffbauerdamm 19, aufgegeben sein.

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 2

Freitag, den 3. Januar 1919

Nummer 4

Deutschlands auswärtige Politik.

Das neue Programm.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Brockdorff-Rantzau hat einem Mitarbeiter von Wolffs Bureau nachstehende Erklärung abgegeben: Mein Bestreben wird sein, Wahrheit und Offenheit dem eigenen Volk wie dem Auslande gegenüber. Das deutsche Volk soll im Unglück seine innere Größe und Würde bewahren, Selbsterniedrigung wie Ueberhebung vermeiden. Zu meinem Teile hierzu beigetragen, bin ich entschlossen.

Den Frieden will ich verhandeln und schließen als einen Frieden des Rechts. Einen Frieden der Gewalt, der Vernichtung und Verflavung lehne ich ab. Manche unserer Gegner verdächtigen die Revolution als den Versuch Deutschlands, sich den aus der Annahme des Wilsonschen Programms folgenden Verpflichtungen zu entziehen. Diese Behauptung ist ebenso unklar, wie der Glaube irrig ist, das Deutschland der Revolution weiche sich demütig den Forderungen der reinen Gewalt beugen.

Solange ich an dieser Stelle stehe, wird dafür gesorgt werden, daß Deutschland seine Aufgaben gewissenhaft erfüllt, aber nicht um die Breite eines Saars über das hinausgeht, was es als Recht anerkannt hat. Ein Grundrecht der Völker ist das Recht der Selbstbestimmung. Unsere Gegner haben es nicht nur anerkannt, sondern zum Kampfsatz gemacht; Deutschland erkennt es gleichfalls an, fordert es aber auch für sich, wenn der Grundfals gelten soll: „Der Vollen der Völkervereinigung“, so wird es auch heißen müssen: „Deutschland den Deutschen!“

Der Artikel XII.

Die deutsche Waffenstillstandskommission kommt in einer neuen Erklärung nochmals auf die Auslegung des Art. XII des Waffenstillstandsvertrags zurück und stellt bei dieser Gelegenheit fest, daß der Gesamtsinn sich in der Räumungsfrage als unzuständig erklärt habe. Denn die hier in Betracht kommenden Einzelfragen gehören zum Gesamtgebiet der Waffenstillstandsverhandlungen. Demgemäß werden die weiteren Verhandlungen ausschließlich von der Waffenstillstandskommission geführt werden.

Auch die Oberste Heeresleitung nimmt in einer längeren Erklärung Stellung gegen die Auslegung, die die Entente dem Art. XII gegeben hat und verlangt, daß „eine würdige Lösung für die Rückkehr der deutschen Truppen aus dem Osten“ gefunden werde.

Die Unabhängigen in den Reichsämtern.

Die bürgerliche Presse beschäftigt sich damit, daß die Genossen Bernheim und Kautsky der Regierung ihre Kommandos zur Verfügung gestellt haben. Wir stellen hiermit fest, daß sämtliche Beigeordnete, die aus den Reihen der U. S. P. in die Reichsämter abgeordnet waren, sich mit den Genossen Haase, Dittmann und Barth solidarisch erklärten und der Regierung ihre Kommandos zur Verfügung gestellt haben. Es sind dies die Genossen Büchner, Dr. Schön, Herzfeld, Jaedel und Bogkerr. Die Genossen haben sich vorläufig bereit erklärt, die Geschäfte weiterzuführen, bis die Nachfolger ernannt sind.

Ein Skandal.

Berlin, 2. Januar. Aus Anlaß des unbedingten Einbringens von Nadel und Genossen nach Deutschland hat die deutsche Regierung folgenden Funspruch nach Moskau gerichtet: Vor einigen Tagen ist Karl Nadel, der Chef der russischen Propaganda, nebst einigen Genossen unter Umgehung der Grenzkontrolle in Berlin eingetroffen. Er ist in einer Versammlung für den Bürgerkrieg in Deutschland und die Wiederaufnahme des Kampfes gegen die Entente eingetreten. Nadel und seine Genossen werden die Folgen ihres unerlaubten Schrittes zu tragen haben. Die deutsche Regierung aber sieht sich genötigt, gegen das Eindringen der russischen Vertreter nachdrücklich Einspruch zu erheben.

Das Verhalten Nadels wird sie dazu bestärken, der Zustimmung von Vertretern der russischen Sowjetregierung auch fernere Widerstände zu leisten.

Ferner hat sie Ober-Ost und dem Zentralrat des Ostfront, sowie sämtlichen Soldatenräten im Osten folgenden Telegramm zugehen lassen: Der bekannte Chef der russischen bolschewistischen Propaganda und bolschewistische Agitator Nadel ist vor einigen

Tagen nebst einigen anderen bolschewistischen Vertretern in Berlin eingetroffen und hat hier in einer Versammlung der Sozialistpartei öffentlich für den Bürgerkrieg in Deutschland und die Wiederaufnahme des Kampfes gegen die Entente gemeinsam mit den Bolschewisten gesprochen. Die russischen Vertreter haben es augenscheinlich verstanden, sich der Grenzkontrolle in unbedingter Weise zu entziehen. Wir bitten, zu untersuchen, wie dies möglich gewesen ist, und ersuchen, mit allen Kräften darauf Bedacht zu legen, daß der Grenzschutz auch in dieser Beziehung nicht nachläßt, und daß alles dazu getan wird, um das Einbringen der Anarchie (!) nach Deutschland zu verhindern.

In der schließlich nicht kleinen Sammlung beschämender Dokumente der Regierung Ebert-Scheidemann wird diese Rundgebung grotesker Revolutionsfreiheit wohl an einer der ersten Stellen stehen.

England gegen polnische Unruhen.

Die deutsche Waffenstillstandskommission vorbereitet folgende Meldung: Der Vorsitzende der englischen Delegation in Spa, General Daking, hat an den englischen Oberstleutnant Wade, zur Zeit in Posen, folgendes Telegramm gerichtet: „Ich habe vom englischen Auswärtigen Amt Auftrag erhalten, Sie anzuweisen, Ihre Reise nach Warschau ohne Aufschub fortzusetzen. Bestätigen Sie den Empfang. General Daking, britische Delegation, Spa.“

Dem Oberstleutnant Wade war deutscherseits gemeinsam mit Paderewski freies Geleit ausdrücklich nur für die Reise Danzig-Warschau gewährt worden. Die beiden hatten sich aber, trotz deutscher Proteste, nach Posen begeben und hatten dort, wie die deutsche Regierung es der Entente unter Ablehnung jeder Verantwortung vorausgesetzt hatte, deutschfeindliche Demonstrationen veranstaltet, indem sie unter bewußter Entstellung der Tatsachen dem stellvertretenden Generalkommando in Posen mitteilten, ihr Aufenthalt in Posen vollziehe sich im Einverständnis mit der Deutschen Waffenstillstandskommission. Mit dem kritischen Vorfall zur Weiterreise ist endlich der deutschen Forderung Genüge getan, daß Wade und Paderewski das deutsche Reichsgebiet unverzüglich verlassen sollen.

Clemenceau und Wilson.

Paris, 2. Januar. Clemenceau sagte nach folgendem: Aufser ungehörter Schlag darf nicht um seine moralische Wirkung zum Wohle der Menschheit gebracht werden. Daß ich fähig bin, für die allgemeinen Interessen Opfer zu bringen, werden Sie sehen, denn Sie werden ja die Friedenspräliminarien erstern. Auf die Wilsonschen Grundzüge zurückkommend, erklärte Clemenceau, daß sie nicht immer mit den feineren übereinstimmen. Wilson sehe nicht wie einer, dessen Land vier Jahre lang verolstet worden sei. Alle Ungerechtigkeiten seien wieder gutzumachen. Aber ich zweifle, sagte Clemenceau, ob wir alles gutmachen können, denn wie und aus wie (wobei er auf die Sozialisten zeigte) sind nur Menschen. Verhandlungen haben begonnen. Einige Punkte haben dem Präsidenten Vorschlag unterbreitet, die vielleicht nicht die feineren sind. Wilson ist ein Mann von weitem, hochherzigem Geiste, der durch die edle Reinheit seines Geistes Richtung einflößt. Wilson hat mir gesagt, er werde versuchen, mich zu überzeugen, vielleicht wäre ich es aber, der ihn überzeugen würde. Nichts kann eine bessere Verhandlung erschaffen lassen als diese Annäherung. Nach Erwähnung seiner Besprechungen mit Lloyd George erklärte schließlich Clemenceau: Die ersten Ereignisse wuchsen über uns hinaus. Wir haben große Anstrengungen zu machen, um den alten Geist, wie er uns vor dem Siege beherrschte, nicht verschwinden zu lassen. Die Rede Clemenceaus wurde mit bewunderndem Beifall aufgenommen, nur die Linken und sozialistischen Deputierten hielten sich in eifriges Schweigen.

Die italienischen Regierungsozialisten in Opposition.

Rom, 2. Januar. Nach einer Meldung aus Rom hat die italienische sozialistische Unionspartei infolge des Rücktritts Bissolatis beschlossen, zur Opposition überzugehen. Sie verlangt die Schaffung des Völkerbundes, die Aufhebung der Geheimdiplomatie, die Öffentlichkeit der Friedensverhandlungen für das italienische Volk, eine wirkliche Volkssouveränität, die vollständige Demobilisierung und die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung.

Das Ostproblem und die deutsche Reichspolitik.

Auch im Osten hat das zusammengebrochene alte System und ein Trümmerfeld hinterlassen. Als die Revolution ausbrach, standen die in West-Bitow aufgerichteten Schandpfeiler der deutschen Eroberungspolitik im Osten noch aufrecht. Bei den ersten Nachrichten über den Zusammenbruch des deutschen Junkerregiments brach auch die deutsche Schemm-macht in den Ostländern zusammen. Ueberall, in der Ukraine, in Polen, in Litauen, in den baltischen Provinzen trat ein radikaler politischer Umsturz ein. Zwar blieben noch die deutschen Truppen im Lande, aber die politische Macht ging aus den Händen der von den deutschen Okkupationsbehörden gebildeten Junker und Kapitalisten in die der demokratischen und sozialistischen Parteien über.

Zu gleicher Zeit machte sich eine kräftige Schwärzung in der Haltung der bolschewistischen Regierung bemerkbar. Hatte sie sich seit den Tagen von Brest bemüht, mit der deutschen Regierung in friedlichem Einvernehmen zu leben, um — wie sie sich ausdrückte — dieses Einvernehmen als „Klempnause“ auszunutzen, so schlug sie nach Ausbruch der deutschen Revolution eine andere Taktik ein. Früher, als sie selbst gehofft, schien der Tag der „Revanche“ gekommen zu sein. Der Zusammenbruch der deutschen Militärherrschaft mochte den Weg frei für ein offenes Vorgehen gegen die Randländer, um das zerstückelte Rußland wieder herzustellen und dem von allen Seiten eingeschlossenen Gebiet der Sowjet-herrschaft den Weg nach dem Westen freizumachen.

Hier stieß jedoch die bolschewistische Regierung auf Schwierigkeiten dreifacher Art.

Die demokratischen und sozialistischen Parteien, die in den Ostländern zur Macht gelangten, stellten dem Vordringen des Bolschewismus einen beständigen Widerstand entgegen. Mühten sie auch in den unteren Volksschichten mit dem Bestehen bolschewistischer Regierungen rechnen, so hielten sie doch angefaßt der sozialen Struktur ihrer Länder daran fest, daß zunächst freiheitliche demokratische Einrichtungen geschaffen und radikale soziale Reformen angebahnt wurden, ohne, wie die Bolschewisten es wollten, die ganze Macht sofort an die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte zu übertragen.

Eine ähnliche Haltung, wie diese Parteien, nahmen fast ausnahmslos die deutschen Soldatenräte ein, die sich in den Okkupationsgebieten bildeten, und die vor allem darauf bedacht waren, daß ihre Rückkehr in die Heimat nicht durch den Einbruch der Roten Armee gestört oder unmöglich gemacht wurde.

Als drittes und stärkstes Hindernis trat schließlich der Widerstand der Entente auf, die es auf keinem Fall dulden wollte, daß die bolschewistische Regierung die gegen sie erklärte Blockade sprengte und nach dem Westen vordrang. Da die Entente selbst nur an einzelnen Stellen, wie in der Ukraine und in Estland, festen Fuß fassen konnte, mußte sie ihrerseits ihren Einfluß auf die Polen, widererseits den Artikel XII des deutschen Waffenstillstandsvertrages aus, um dem Vordringen der bolschewistischen Truppen mit Hilfe polnischer und deutscher Streitkräfte Einhalt zu gebieten.

Dies ist die Lage, wie sie sich gegenwärtig im Osten abzeichnet. Es können täglich neue Verschiebungen und Komplikationen eintreten, aber feststehend ist jedenfalls, daß eine neue Welle blutiger Kämpfe heraufzieht, denen die Entente nicht untätig gegenüberstehen wird. Das weiß auch die bolschewistische Regierung. Sie weiß, daß sie einen übermächtigen Gegner vor sich hat, dem sie nicht gewachsen ist, und deshalb tut sie das einzig Vernünftige, was sie in dieser Lage tun kann: sie richtet nochmals und mit aller Entschiedenheit an die Ententemächte einen Friedensvorschlag, der vielleicht die Basis für eine Lösung der verwickelten Ostfragen abgeben könnte. Wie uns unter dem 27. Dezember aus Stockholm gemeldet wird, hat der dort befindliche frühere Botschafter in England, Genosse Witwinski, an die Gesandten der alliierten Regierungen folgende Note übergeben:

Der letzte allrussische Rätekongreß richtete im vorigen November, geleitet von dem erklärlichen Wunsch der russischen Arbeitermassen, in ungehörigem Frieden und Freundschaft mit

allen Völkern der Welt zu leben, an die Regierungen der zivilisierten Länder einen formellen Friedensvertrag. Dieser Antrag ist vor einigen Tagen von der Sowjetregierung telegraphisch weitergegeben worden.

Zu ich von der Sowjetregierung beauftragt bin, vorläufige Friedensverhandlungen mit den Vertretern der Allierten zu eröffnen, bitte ich Sie mitzuteilen, ob Ihre Regierungen auf den Wunsch der russischen Republik eingehen wollen, eine friedliche Lösung aller unentschiedenen Fragen anzubahnen, die Anlaß zu fortwährenden Feindseligkeiten geben.

Ich bitte Sie, die obige Erklärung nebst zur Kenntnis Ihrer Regierung, wie auch des jetzt in Frankreich befindlichen Präsidiums der Vereinigten Staaten zu bringen."

Im Anschluß an diese Note hat Genosse Litwinoff auf eigene Initiative ein Telegramm an Wilson geschickt in dem er die Verhältnisse in Rußland und die Politik seiner Regierung klarzustellen sucht. In diesem Telegramm heißt es u. a.:

„Die russischen Arbeiter und Bauern sind fest entschlossen mit allen Mitteln, die ihnen ihr umfangreiches Land bietet, ihre uralte ererbte Macht und Freiheit gegen die Unterdrücker zu verteidigen. Aber in Anbetracht der unvermeidlichen heftigen Kämpfe um Gut und Blut, und beseelt von dem Wunsch, die weitere Verwüstung Rußlands durch die andauernden inneren und äußeren Kämpfe zu vermeiden, sind sie bereit, soweit nachzugehen, wie es mit den Interessen anderer Länder vereinbar ist, falls sie dadurch Bedingungen ergreifen, welche ihnen die Möglichkeit geben, friedlich an ihren sozialen Aufgaben zu arbeiten. Ich bin unterrichtet, daß die Frage über das Verhältnis zu Rußland die allierten Staatsmänner beschäftigt und ich wage darum Ihre Aufmerksamkeit. Der Präsident, darauf zu achten, daß es für Sie nur zwei Wege gibt. Der erste ist die Fortsetzung einer offenen oder maskierten Intervention im jetzigen oder noch größeren Stille; dieser Weg würde gleichbedeutend sein mit der Fortsetzung des Krieges, einer zunehmenden Erbitterung der russischen Volksmassen, einem verstärkten inneren Kampf, einem beispiellosen Blutbad, das schließlich zu einer vollständigen Zerstörung der russischen Bourgeoisie durch die gegnerischen Massen führen würde, ein totaler Zerfall des Landes, und im Falle des Scheiterns der Intervention mit einem weißen Terror, der den Terror in Finnland übertrifft, zur Willkürherrschaft und Wiederherstellung der Monarchie mit den damit verbundenen Revolutionärschrecken führen würde, durch die die ökonomische Entwicklung vollständig gelähmt wäre.

Der andere Weg, der selbstverständlich ist, wäre ein unparteiliche Versuch, die Kämpfe gegen das Sowjetrußland zu prüfen, zu einer Verständigung mit der Sowjetregierung zu gelangen, die zerstreuten Truppen aus Rußland zurückzurufen, die wirtschaftliche Blockade aufzuheben, um dadurch die Lebensnot der russischen Volksmassen zu beseitigen und Rußland zu befreien, seine eigenen wirtschaftlichen Quellen wieder zu gewinnen und ihm durch technische Ratsschläge bei der Ausbeutung seiner großen natürlichen Reichthümer im Interesse aller Völker, die Lebensmittel und Rohstoffe brauchen, zu helfen.

Diesem Vorhaben des Genossen Litwinoff, der natürlich nicht auf eigene Faust, sondern im Einvernehmen mit Lenin gehandelt hat, können wir nur beifolien. Er eröffnet die einzige noch bestehende Möglichkeit, die ungelöste schwierige russische Frage im Sinne der Demokratie und des Sozialismus zu lösen. Er bietet auch die einzige Gewähr, daß die sozialistischen Parteien, die bei der Liquidation des Krieges ihren politischen Einfluß geltend machen werden, der russischen Frage gegenüber an bestimmten Richtlinien festhalten, die anders geartet sind, als die Richtlinien des imperialistischen Völkertums.

In diesem Augenblick der zunehmenden Verschärfung der Lage im Osten ist es ein Gebot der politischen Notwendigkeit, daß wir uns hier kleinteilig über diese Richtlinien klar werden. Diese würden, kurz gefaßt, auf folgende hinauslaufen: Sofortige Einstellung jedes weiteren Vormarsches der bolschewistischen Truppen gegen die Randländer; Einberufung konstituierender Parlamente in diesen Gebieten zur Wahl oder Bestätigung demokratischer Landesregierungen und Durchführung des freien Selbstbestimmungsrechtes der betreffenden Völker; Schluß dieser Länder durch eigene Willen und sofortige Zurückziehung sämtlicher dort befindlichen fremden Truppen; Ersuchen an die Entente, von einer Intervention in Rußland Abstand zu nehmen, die Blockade aufzuheben und die ungeklärten Fragen des Ostens, unter Anfassung der Vertreter der Sowjetregierung, wie der Regierungen der Randländer auf dem internationalen Friedenskongreß zu lösen.

Diese Richtlinien, die hier nur ganz kurz skizziert werden konnten, sind nicht nur Rußland gegenüber von Wichtigkeit. In entsprechender Modifizierung können sie auch auf Polen Anwendung finden und als Grundlage für ein geschlossenes Vorgehen gegen polnische Übergriffe auf deutsches Gebiet dienen. Man weise sie nicht zurück, weil angeblich keine Macht hinter ihnen stehe. Diese Argumentation hat im Kriege zu sehr Schicksal erlitten, als daß man sie noch ernstlich vorbringen könnte. Es muß nur ein entschlossener revolutionärer Wille vorhanden sein, ein Wille, auch unter den schwierigsten Verhältnissen an den Grundfragen der Demokratie und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker festzuhalten, ein Wille, sich durch keine Rückschläge von der internationalen Solidarität ablenken zu lassen, — dann wird auch die Stimme eines geschlossenen Volkes über alle Grenzen hinweg an das Ohr und Gewissen der anderen Völker bringen und sie aufrufen, dem wieder im Osten auflebenden blutigen Wahnsinn im eigenen Interesse Einhalt zu gebieten.

„Führer oder Schieber?“

Da nur noch 17 Tage und von den Wahlen trennen — erklärt der „Vorwärts“, eins, zwei, drei, die alle Sozialdemokratie für die einzig richtige Volkspartei. Sie allein, orakelt er, sei zur Führerschaft der Massen berechtigt.

Das scheint ihn selbst zu ängstigen, er feuchelt: „Ob wir wollen oder nicht, wir müssen voran.“ Und er begründet das so:

„Der Aufstieg der sozialdemokratischen Partei zur Regierung ist durchaus kein eruptiver Prozeß, der sich in den Novemberereignissen plötzlich vollzogen hat. Er hat sich in Jahrzehnten allmählich vorbereitet, hat während des Krieges an Schnelligkeit der Entwicklung zugenommen und ist dann durch die Revolution zur Reife gebracht worden.“

Das ist in gewissem Sinne richtig — aber in einem ganz anderen als der „Vorwärts“ meint.

Die Revolution drach aus, gewünscht, ersehnt von vorbereiteter und allein von den radikalen Sozialisten. Die Mehrheitssozialisten haben bis zum 9. November alles getan, um die Revolution zu vermeiden und zu verhindern, gegen ihren Willen brach sie aus.

Die Mehrheitssozialisten aber! Nun, sie stehen sich nicht verblüffen. Sie stellen sich, wie man so hübsch sagt, auf den Boden der Tatsachen. Sie lesen, so es sich so konnte, hinter der Revolution her. Sie trafen Kurra und schwenkten einen Tag lang rote Fahnen. Das war alles, was sie für die Revolution taten. Aber es genügt, um den über ihre Verteilung glücklichen Soldaten und Arbeitern Stand in die Augen zu treten — und so liegt die sozialdemokratische Partei mit Hilfe der nicht-revolutionären und nicht-aufgeklärten Massen und unter sanfter Unterdrückung der verängstigten Bourgeoisie (die sie als das kleinste Uebel ansah) zur „revolutionären“ Regierung auf.

So und nicht anders sah der „Aufstieg“ aus, mit dem heute der „Vorwärts“ prahlt.

Wirklich revolutionäre, wirklich sozialistische Ziele und Taten, die können der „Vorwärts“ und seine Jünger nicht aufweisen — das haben sie den Unabhängigen überlassen, solange es noch gefährlich war. Die wirklich revolutionären Sozialisten, die Unabhängigen, haben zur Revolution geführt.

Und diese Führerrolle wird ihnen der „Vorwärts“ nicht nehmen, man er sich noch so sehr anstreifen.

Den Weg zu gehen, ist Führerrolle, sagt er. Sehr richtig! Aber wer hat den Weg zur Revolution, zur Freiheit gezeigt? Wer ist ihm gegangen? Der „Vorwärts“ nicht. Die Mehrheitssozialisten nicht. Sie wollen nur scheinen was sie nicht sind. Sie sind keine Führer. Sie sind nur Schieber. Nicht einmal Schieber. Nur Geschehen.

Wie die Soldaten über Winnig denken.

In der „Reitung der 10. Armee“, Organ des Berliner Soldatenrates, finden wir eine Wiedergabe des gestern hier veröffentlichten Berichtes über die Verhandlungen zwischen Winnig und den Vertretern der Entente in Nizza. Das Blatt kommentiert diesen Bericht in folgender ungewöhnlicher Weise:

Wir möchten unsererseits nur noch bemerken, daß Herrn Winnigs Ansichten von der moralischen Pflicht Deutschlands, die baltischen Provinzen vor den Bolschewikern zu schützen, keineswegs von den deutschen Sozialisten geteilt werden, und wir befürchten, daß seine Neigungen die Annäherung von Freiwilligen aufzuhalten erdornen. Aus dem „deutschen Blut“ im Baltikum sind unter der zaristischen Herrschaft immer wieder die Helden für Deutschland und die Helfer der Revolution hervorgegangen. Da ist es unsere moralische Pflicht, nicht diese, sondern das Blut der deutschen Soldaten zu schützen, die keineswegs nach Nizza haben, gegen die Bolschewik für die Interessen des internationalen Kapitals zu kämpfen.

Das genügt wohl für heute, Herr Winnig!

Erklärung.

Wir erhalten vom Gen. Ledebour folgendes Schreiben: Die Redaktion der „Freiheit“ knüpft an Mitteilungen und der Reichsleitung des Spartakusbundes über dessen Verhandlungen mit den revolutionären Obleuten der Großbetriebe Berlins eigene Bemerkungen, die darauf angelegt sind, die „Freiheit“ gegen diese revolutionären Obleute, sowie gegen die Genossen Däumig, Richard Müller und mich insbesondere anzufachen. Nach Auffassung der Redaktion sollen wir eine von langer Hand vorbereitete Verschwörung gegen die U. S. V. angezettelt und inszeniert haben. Das ist eine ganz irrtümliche Auffassung der Vorgänge, die sich am 31. Dezember und am 1. Januar abgepielt haben. Was den sachlichen Inhalt und das Ziel unserer Bestrebungen anbetrifft, so gibt darüber eine Erklärung der leitenden Kommission der revolutionären Obleute Aufschluß. In dieser Stelle will ich nur die persönlichen Angriffe zurückweisen, die gegen Däumig, Richard Müller und mich erhoben worden sind.

Es ist wohl allgemein hinreichend bekannt geworden, daß infolge des Eintrittes einiger Parteimitglieder in das Kabinett sich bestehende Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen einerseits und mir selbst sowie einer Anzahl anderer Parteigenossen andererseits herausgestellt haben. Um diese Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei zum Austrag zu bringen, habe ich wiederholt das gebotene Mittel dazu, die Einberufung eines Parteitag, herbeizuführen gesucht. Zuletzt war das auch noch geschehen durch einen Antrag der revolutionären Obleute, der gleichfalls auf einen Parteitag abzielte. Alle diese Anträge wurden stets mit dem Hinweis auf Kürze der Zeit und Verletzlichkeit der Lage von der Mehrheit der Parteimitglieder abgelehnt.

Wiewohl aber durch die überhastete Ansetzung der Wahl zur Nationalversammlung die Notwendigkeit, einer gründlichen Auseinandersetzung in der Partei, auf das Neueste gelehrt.

In einer Sitzung des Zentralvorstandes von Groß-Berlin am 22. Dezember, an der teilzunehmen ich durch Krankheit verhindert war, wurde der Versuch gemacht, eine Kandidatenliste für die Proporzwahl in Berlin aufzustellen. Meine Kollegen im Volksrat, Däumig, Eckert und Richard Müller, die als Kandidaten vorgeschlagen waren, protestierten dagegen, mit Ausnahme auf die nämliche Liste gestellt zu werden, da die politische Lage sie nötige, das gesamte Kabinett auf das Schärfste zu bedrängen. Insbesondere kam für sie in Betracht, daß sich Genosse Haase zu uns und der Fraktion der U. S. V. auf dem Rätekongreß in den schärfsten Gegensatz gestellt hatte, indem er sich zum Werkzeug der Mehrheitssozialisten bei der Verdrängung des Zentralrates der Republik zu einer in der Frage der Erziehung und der Gesetzgebung ein bedeutenden Körperlichkeit, hergegeben hatte. Von diesen Protesten meiner Freunde in der Zentralvorstandssitzung erfuhr ich erst am folgenden Tage.

Ebenfalls ohne mein Wissen und Zutun wurde in einer nachfolgenden Konferenz der revolutionären Obleute, die sich einstimmig auf den von meinen Freunden eingenommenen Standpunkt stellten, eine eigene Kandidatenliste zum Vorschlag für die Generalsammlung vorbereitet, auf der von Haase Abstand genommen wurde. Zu einer solchen Vorschlagsliste waren, sie als Parteigenossen durchaus berechtigt.

So stand die Sache, als es am 29. Dezember zu der Generalsammlung von Berlin kam, auf der die definitive Aufstellung der Kandidaten für die Proporzwahl vorgenommen werden sollte. Da ich mit den sachlichen Gründen vollkommen einverstanden war, die die genannten Mitglieder des Volksrates sowie die revolutionären Obleute zu ihrem Vorgehen bewegen sollte, konnte ich nicht umhin, mich ihrem Protest gegen die Aufnahme Haases in die Kandidatenliste anzuschließen. Wir bemühten uns jedoch vergeblich, eine Vertagung der Generalsammlung zum Zweck einer gründlichen sachlichen Austragung der Parteifragen herbeizuführen. Auch dieser Versuch, wie ich über die Bemühungen um Einberufung eines Parteitag wurde durch Majoritätsbescheid verurteilt.

Wir fanden also vor der Tatsache, daß in der kommenden Krise, die durch den von den Matrosen begangenen Selbstmord bis zur Bedrohlichkeit gesteigert war, von den Parteimitgliedern jede Art von Auseinandersetzung verhindert wurde, aus dieser Situation erst erwuchs und der Gedanke an ein eigenes Vorgehen. Irgeiwelcher Verzug war da unmöglich, weil der Spartakusbund zum 31. Dezember eine Reichskonferenz einberufen hatte, in der der Beschluß einer Loslösung von der U. S. V. D. mehr als wahrscheinlich war. Wir hatten von unserem Standpunkt aus diesen Loslösungsbeschlüssen immer bedrängte, da wir der Ansicht waren, daß die Einwirkung der Sozialisten unter Bemühungen, die

gesamte U. S. V. D. zu revolutionären Aktionen zu bringen, zum Siege hätte bringen können. Sie hätte seinen können, daß die U. S. V. in ihrer Gesamtheit oder die von vertretenen Massen und insbesondere nicht als entscheidender Faktor in der revolutionären Entwicklung völlig ausgeschaltet würde. So war sofortiges Handeln für uns geboten. In revolutionären Zeiten vollziehen sich Umwälzungen auch innerhalb des Parteilebens im Laufe weniger Tage und sogar Stunden, wofür in normalen Zeiten Monate erforderlich gewesen wären. So beriefen wir denn zum 31. Dezember eine Konferenz der revolutionären Vertrauensleute zusammen. Zu dieser Konferenz war übrigens auch ein Mitglied der Parteileitung und ein des Berliner Zentralvorstandes erschienen.

Es handelte sich für uns um die Frage: Sollen wir aus der U. S. V. auscheiden, um den Versuch zu machen, eine Zusammenfassung aller revolutionären Elemente der bis jetzt bestehenden Parteien zu einer neuen Partei von unumschreiblicher Stoffkraft zu machen. Auf Wunsch der Vertrauensleute wurden zunächst Verhandlungen mit der Konferenz des Spartakusbundes angeknüpft, die wegen sachlicher Differenzen indessen keinen Erfolg hatten. Diese Vorgänge sind in der Erklärung der Vertrauensleute kurzgefaßt. Über die sachlichen Differenzen werden wir uns mit der Abklärungsrichtung der U. S. V. noch sehr gründlich und sehr eingehend auseinandersetzen haben.

Dies nur noch einige Worte über die persönlichen Knäuelungen, mit der die „Freiheit“ gegen mich Stimmung zu machen sucht. Sie ließ sich vor Einführung nicht zu lassen, daß ich nicht schon einige Tage früher mein Amt als Vorsitzender niedergelegt habe. Die Zeitschrift erklärt sich sehr einfach daraus, daß mir durch die Entladung der Dinge ganz plötzlich die große Arbeit wurde, ob wir insgemein aus der Partei auscheiden sollten oder, was ja unter allen Umständen für mich selbstverständlich war, ich nur mein Amt als Vorsitzender der Partei niederlegen sollte. Von der einen oder anderen Alternative hing die Form meiner Erklärung ab. Die Entscheidung ist erst am 1. Januar nachmittags gefallen, als die revolutionären Obleute mit Majorität beistimmen hatten, unter den gegenwärtigen Umständen in der Partei zu bleiben, um auf dem nunmehr unumkehrbaren Parteitage nach den Wahlen den Versuch zu machen, die U. S. V. in eine revolutionäre Bahn zu bringen. Sie forderten mich einstimmig auf, mit ihnen den Kampf innerhalb der Partei weiter zu führen. Am Gesamtinteresse der revolutionären Arbeiterbewegung habe ich mich darauf beschränkt, die Niederlegung meines Amtes als Vorsitzender der Partei im eingeschriebenen Brief der Parteileitung mitzuteilen.

Die Redaktion der „Freiheit“ muß schon in arger Verlegenheit, um Material zu beschaffen, sich um mich bemüht haben. Ich habe einen Brief zu drehen sucht. Ihr Vorstoß enthielt indes nicht eines Unschicklichen an sich, sondern, da mit der nämlichen Geistes nur mit noch härteren Ausdrücken die Partei verhöhnt wurde, als er nach Ansicht seiner damaligen Verbündeten der U. S. V. D. Scheidemann u. a. gleichfalls frühzeitig genug aus dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei ausgeschieden war. Ich habe die Sache mit seinen Freunden immerhin mehr Gelächter als Ärger gemacht, als daß er die von uns allen danach für eine ausgeglichene Rüge erklärte Scheidemanns jetzt imitieren würde. Über die Mitarbeit im Kabinett spreche ich einen merkwürdig unfamilienartigen Einfluß ausgeübt zu haben.

Georg Ledebour.

Die Erklärung Ledebours bestätigt durchaus alles, was wir über das parteiwerkende Vorgehen gesagt haben, höchstens daß er im letzten Stadium vielleicht mehr der Verhöhnung war. Ledebour selbst liebt, daß er den Versuch gemacht hat, gegen den Willen der Parteioptionen, der Berliner Vorstandskonferenz, der Berliner Generalsammlung, der Parteileitung und des Zentralkomitees der Partei seinen Willen aufzuzwingen. Das hat nicht gelang, hat er den Versuch gemacht, möglichst große Teile von der Partei loszureißen und sie der neuen kommunistischen Partei anzuführen. Es lag nicht an ihm, wenn dieser Versuch mißlang.

Die Verurteilung auf die Nichteinberufung des Parteitag ist dabei ganz unangebracht. Ledebour weiß, wie schwerwiegend die technischen Gründe waren, da die Reise von der Provinz nach Berlin drei bis vier Tage in einer Richtung dauert. Die Genossen aus der Provinz weigerten sich deshalb direkt, überlastet mit Arbeit wie sie sind, jetzt während der Wahlzeit nach Berlin zu kommen. Deshalb fand ja auch eine Reichskonferenz statt. Aber wie immer man darüber denken möge, und wir selbst gehören zu denen, die die Einberufung eines Parteitag für sehr wünschenswert gehalten haben, seit wann gibt denn die Nichteinberufung eines Parteitag einem Genossen das Recht, die Partei zu zerstückeln?

Ledebour und die andern mögen sich drehen, wie sie wollen, kein Parteigenosse wird es verstehen, wie sie, Vertrauensleute der Partei, die an allen Organisationsberatungen teilnehmen, dazu kommen, die Organisation zu zerstückeln, weil sie für ihre Ansichten nicht die Mehrheit gewinnen konnten. Noch dazu, mit Benutzung einer außerhalb der politischen Organisation und zu ganz anderen Zwecken gearbeiteten Körperlichkeit. Kein Parteigenosse wird es verstehen, wie sie, die berufen sind, die Rechte und das Ansehen der Organisation zu wahren, aus den revolutionären Obleuten geradezu eine politische Gegenorganisation zu machen beabsichtigt sind.

Deshalb irrt Ledebour, wenn er meint, wir müßten erst die Enttäuschung gegen dieses Treiben auslösen. Nein, die Enttäuschung beruht in weitesten Kreisen der Parteigenossen und wir haben ihr nur Ausdruck gegeben.

Schließlich irrt Ledebour in jeder Beziehung, wenn er sich mit Haase verleiht. Niemand und niemals ist das Auscheiden Ledebours aus der Parteileitung verlan worden wegen sachlicher Meinungsverschiedenheiten. Ledebour war es vielmehr, der erklärte, er könne mit Haase nicht mehr zusammenarbeiten, nicht mehr auf eine Liste mit einem anderen Kandidaten derselben Parteileitung kandidieren. Nicht wir, sondern Ledebour hat nach dem Muster des alten Parteivorstandes gehandelt.

Daß Ledebour nicht silt, wie ora er sich selbst bis kreditiert, indem er erzählt, er blieb bis zur letzten Minute in der Parteileitung, weil er noch nicht wußte, ob er nur sein Amt niederlegen oder gleich die erfolgreiche Sprengung einer derselben Partei ihrer Leitung zu vermeiden habe, nimmt uns nicht wunder. Dafür mag Ledebour das Gefühl fehlen, den Berliner Parteigenossen sicher nicht

Die revolutionären Obleute haben uns einen längeren Aufruf in derselben Sache zugehen lassen, den wir aus Raumgründen nicht bringen können. Wir kommen darauf zurück.

Die Vorgänge in Polen.

Sofen, 2. Januar. (B. L. S.) Von der Pressestellung des Obersten Polnischen Volkes geht uns folgende Meldung zu: Der vom Soldatenrat beauftragte Leiter des Sicherheitsdienstes im Polener Polizeipräsidium Dzierzycki ist heute früh als einer von den an den Ausschreitungen in Polen Mitwirkenden im

Vollzugsratium verhaftet worden. Auf dem Wege nach Fort Wolman floh Blanker und ist trotz dreimaligen Anrufs nicht haben geblieben, worauf es von einem der ihn eskortierenden Soldaten, des Sicherheitsdienstes erschossen wurde.

Konferrevolutionäre Machenschaften in Allenstein.

Wie wir bereits berichtet haben, ist es am Montag, den 20. Dezember, in Allenstein beim Einzug des 75. Artillerie-Regiments 75 zu blutigen Zusammenstößen gekommen. Der Vorgang wird in der bürgerlichen Presse so dargestellt, als habe der dortige Arbeiter- und Soldatenrat, der zum Empfang eine Abordnung nach dem Bahnhof geschickt hatte, die Schieberei verweigert. Der Vollzugsrat der Soldatenräte des 75. Armee-Korps veröffentlichte jetzt in der „Allenstein Zeitung“ Zeugenaussagen, die vor dem Verzicht der stellvertretenden 75. Infanterieabteilung protokollierend niedergelegt worden sind, und aus denen einwandfrei hervorgeht, daß die Offiziere des eingziehenden Regiments die blutigen Vorgänge heraufbeschworen haben, weil sie sich den neuen Verhältnissen nicht fügen und den Arbeiter- und Soldatenrat nicht anerkennen wollten.

Die rote Fahne war es auch hier wiederum, die den Zorn der militärischen Gewaltmenschen erregte. Sie wurde dem Führer der Empfangsdeputation entzogen, unter dem Beschuß des Majors von Wohl geschickt, der Träger zu Boden geworfen und Minutentlang mit Füßen getreten. Die Mannschaften des einrückenden Regiments sind von den Offizieren in der schlimmsten Weise verhöhnt worden. Nur so ist es erklärlich, daß sie den Befehlen jener Oberen, die sie vier Jahre hindurch kochelten, Folge leisteten und sich an dem herausfordernden Gebaren der Offiziere beteiligten.

Doch es den Offizieren des einrückenden Regiments auf einen Gewaltakt ankom, daß sie von einer gütlichen Velleigung des Streikfalls nichts wissen wollten, bezogen die Aussagen des Führers der Volkswacht. Dieser wollte mit dem Major von Wohl verhandeln, wurde aber abgewiesen. Er sagte wörtlich aus: „Der Major von Wohl sah zu Pferde und hörte mich zunächst gar nicht an. Erst auf Fureden einiger jüngerer Offiziere schenkte er mir Gehör. Ich stellte ihm vor, daß hier in Allenstein der Soldatenrat mit dem Generalkommando gemeinsame Sache mache, daß bisher in ganz Allenstein stets Ordnung geherrscht habe, daß nicht eine einzige Fenster-scheibe eingeschlagen sei, daß durch das Zusammenarbeiten des S. A. und der Behörden die Ordnung bisher nicht gelitten habe und möchte die Bitte, besonnen vorzugehen. Der Major ließ darauf die Mannschaften antreten und hielt an sie etwa folgende Ansprache: „Wollt Ihr Euch dieser Sünde mit der roten Fahne anschließen, oder wollt Ihr Eurem Führer gehorchen? Wer mit der Abteilung (der Batterie) gehen will, lege die rechte Hand hoch.“ Ich selbst wurde nun von allen Seiten von Unteroffizieren und Offizieren bedrängt. Der Major schrie: „Dann wollen wir endlich mit Ihrer Sippe mal abrechnen, hier ist ja der geeignete Moment dazu!“ Ich sagte zu dem Major: „Ich will meine Route hier nicht verlassen lassen, sondern werde mit ihnen abmarschieren!“ Es war ein großes Gerölle entstanden, der Major hörte auch gar nicht mehr auf mich. Ich winkte mit beiden Händen nach meinen Kameraden hin. Sie sollten abmarschieren. Die Volkswacht und die Musik zöge sich dann auch in Bewegung. Hier wäre noch alles ordnungsgemäß verlaufen, wenn nicht der Major Kommandiert hätte, als die Volkswacht und die Musik etwa 100 Meter entfernt war: „Apropos!“ Sämtliche Offiziere riefen das Kommando nach. Ich muß bemerken, daß die Geschütze geladen waren, wie ich vorher festgestellt hatte. Dadurch, daß ich selbst und die Kameraden Oply und Kimmels um noch einige andere sofort an das erste Geschütz traten, wurde verhindert, daß die Geschütze feuerten. Denn der Major von Wohl rief sofort, als er uns zu den Geschützen sprang: „Feuer!“ „Feuer!“

Doch der Major den Befehl zum Feuer gegeben hat, wird von allen Seiten bestrahlt, u. a. auch von einem Oberleutnant. Es kam also den Herren unbedingt auf eine Gewalttat an. Zu diesem Zwecke waren vorher alle Angehörigen des Regiments mit geladenen Pistolen oder Revolvern bewaffnet worden. Hauptmann Vah, der bei der Schieberei das Leben lassen mußte, hat als erster mit dem Revolver auf die abziehende Menge geschossen. Daß die Geschütze nicht zum Feuer kamen, war das Verdienst der auf dem Bahnhof zurückgebliebenen Kameraden der Volkswacht. Entschuldigend ist durch ihre Einreisen bedingt worden. An den anderen Opfern tragen Major Wohl und sein Stab die alleinige Verantwortung. Den Soldatenrat und die revolutionäre Schuttruppe wollte man durch Blutvergießen zersprengen. Jetzt hat Herr Wohl in Untersuchungshaft, und die von ihm misshandelten Mannschaften werden inzwischen eingekerkert, daß es besser ist, mit dem Soldatenrat zusammenzugehen und an der Sicherung der Revolution mitzuwirken, als sich von Offizieren verleiten zu lassen, auf eigene Kameraden zu schießen, damit die alten Gewalttäter wieder in ihre Verträge eingetret und ihr verabsäugtes Handwerk weiterüben können.

Sitzung des Zentralkrats.

Berlin, 2. Januar. In der heute stattgefundenen Sitzung des Zentralkrats der sozialistischen Republik Deutschland wurde zunächst die Frage erörtert, ob eine Kapahl vom Reich erbaute Komplex an private Handlungen verkauft werden oder zum Zweck der Gewinn einer staatlichen Geschäfterei zurückbehalten werden sollen. In Hinblick auf die Wichtigkeit der Frage wurde eine Kommission mit der Weiterberatung betraut. Diese hat die Aufgabe, mit dem Reichsminister in Verbindung zu treten, um geeignete Vorschläge unterbreiten zu können.

Weiter wurde beschlossen, daß die von dem bisherigen Vorgesetzten Vorschläge unterbreiten zu können.

Sitzung des Groß-Berliner Vollzugsrates.

Der Groß-Berliner Vollzugsrat beschäftigte sich in seiner Donnerstag-Sitzung zunächst mit Betriebsangelegenheiten. Es ist festgestellt worden, daß von den Gewerkschaften Arbeiter zum Vollzugsrat geschickt werden in Angelegenheiten, deren Regelung in erster Linie den Gewerkschaften zugeht. Der Vollzugsrat vertritt ein solches Vorgehen der Gewerkschaften und überweist die Angelegenheit zur näheren Prüfung dem Ausschuss für Betriebsangelegenheiten.

Eine längere Aussprache entspann sich über die Situation in Chemnitz. Das Zusammengehen der deutschen Truppen mit Marine-Strikflotten der Emment, das Verhalten des Reichswehrmännlichen Wilmig sowie die Vorkämpfer für einen Grenzschutz und für die deutsche Landwehr wurden ausführlich

besprochen, wobei sich verschiedene Auffassungen der Vollzugsratsmitglieder, je nach der Parteistellung, ergaben. Die Aussprache endete schließlich in der Annahme folgender Entschlüsse:

1. Der Vollzugsrat mißbilligt die Anwerbungen für die deutsche Landwehr.
2. Der Vollzugsrat bezieht auf das Schärfste die durch das Telegramm vom 23. 12. 18 an die Delegierten der Ostfront bekanntgewordenen Maßnahmen des deutschen Reichswehrmännlichen, wonach freiwillig kampfbereite Verbände zum Schutze des deutschen Landes gegen die Bolschewik angeworben werden sollen.

Die Frage des Grenzschutzes im allgemeinen wurde an die Militärkommission zurückverwiesen, die selbigen hat, welche Stellung der Rätekonveg in den Grenzschutzfragen eingenommen hat. Außerdem soll in dieser Frage die Stellungnahme des Zentralkrats berücksichtigt werden.

Erschienen waren in der Sitzung Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei aus Neustadt, die mitteilten, daß der Beschluß des Vollzugsrates vom 21. 12. 18, die Wahlen zum A. u. S. Mai Neustadt betreffend, von falschen Voraussetzungen ausgegangen sei. Der Delegation wird anheimgegeben, mit dem Vertreter der Sozialdemokratischen Partei in Neustadt eine Verständigung zu suchen. Außerdem soll die Anwesenheit in einer demnächst stattfindenden Zusammenkunft der Vorsitzenden aller kommunalen Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins zur Sprache gebracht werden.

Die Situation in der Berliner Partei.

Ein sehr Jahrzehnten in der Berliner Parteibewegung lebender Genosse schreibt uns:

Die Berliner Parteigenossenschaft hat schon immer eine stark nach links gerichtete Politik verfolgt. Der Krieg hat den revolutionären Charakter unserer Bewegung immer mehr in den Vordergrund treten lassen. Immer weitere Kreise der Berliner Arbeiterschaft wurden überzeugt, daß die frühere Politik falsch war, die lediglich auf Wahlplakate und Wahlbeteiligung hinausging. Wir waren zur reinen Wahlmaschine geworden. Die Selbständigkeit des Proletariats wurde gehemmt, wenn nicht ganz ertötet.

Der Krieg hämmert dem Proletariat das Bewußtsein ein, daß es herbeilief auf dem Plan treten mußte, wenn es nicht dem Untergang verfallen wollte. Es gab keinen anderen Weg, als den, daß die Arbeiterklasse mit allen Mitteln ihr Hoch abschütteln mußte, sose es, was es wollte. Es mußte zur Tat geschritten werden, auch auf die Gefahr hin, daß es Opfer kosten würde. Aus diesem Gedanken wurde der Januarstreik geboren. Wohl wurde er niedergeschlagen, aber er war nicht vergebens.

Am ehesten rüttelte das Proletariat an den Stützen des heutigen Staates. Wer da glaubte, daß auf den ersten Anstoß der militärisch-sozialistische System zusammenstürzen würde, sah sich einem Abklatsch aus. Es mußten neue Aktionen des Proletariats vorbereitet werden. Diese mußten umfänglicher und über das Reich erstreckend sein, wenn sie wirksam sein sollten. Da das auf legalen Wege nicht möglich war, mußte der illegal-gale Weg beschritten werden. Nach und nach wurde eine Organisation geschaffen, die unter Heranziehung von Parteifreunden aus den Betrieben auf diesem Gebiete tätig war. Das war eine verbotene und notwendige Arbeit. Sie hat ihre Früchte getragen, wie die Novembertage gezeigt haben.

Natürlich kamen uns eine Reihe Umstände zu Hilfe. Die lange Dauer des Krieges hatte die stärkste Stütze des heutigen Gewaltregimes, das Heer, gerührt. Ohne diesen Umstand wäre das Proletariat allein wieder niedergeschlagen worden. Jetzt galt es, die Erfolge der Revolution zu sichern. Das Rätesystem in den Betrieben wurde geschaffen, Organe, die der Arbeiterschaft größere Bewegungsfreiheiten und ein Kontrollrecht öffentlicher Einrichtungen und kapitalistischer Betriebe bei entscheidender Handhabung verschaffte. Dieses Rätesystem wird sich die Arbeiterschaft nicht nehmen lassen.

Deshalb auch die Parole: Alle Macht den Arbeitern und Soldatenräten und die Ablehnung der Nationalversammlung. Es zeigte sich aber bald, daß der Rätesongreß alle Hoffnungen zu schanden machte; er gab selber seine Macht aus der Hand zugunsten der Nationalversammlung. Unsere Genossen sind nicht zu haben für eine bürgerliche Demokratie. Am allerwenigsten in einer revolutionären Epoche. Genieß, wie sind heute nicht frei in unseren Entschlüssen, wir müssen Frieden haben, und zwar bald. Ob eine Nationalversammlung dazu nötig ist, ist eine andere Frage. Aber wenn man die Zusammenfassung des Rätesongresses und seine Beschlüsse betrachtet, so dürfte kaum anzunehmen sein, daß die Nationalversammlung sehr viel schlechter zusammengesetzt sein wird, als dieser Rätesongreß, wenn wir tüchtig arbeiten. Dann aber müssen wir die Auffklärung darüber, was der Sozialismus will, noch in weite Kreise tragen, und zwar zu dem ausgesprochenen Zweck, die soziale Revolution vorzubereiten. Hat doch Rosa Luxemburg noch auf dem Kongreß des Spartakusbundes offen ausgesprochen, daß der Sozialismus ohne das Landproletariat sich gar nicht durchführen lasse! Und da gibt es noch viel zu tun.

Die Nationalversammlung muß dahin gedrängt werden, daß Rätesystem in den Betrieben anzuerkennen und sogar gesetzlich zu verankern. Nationalversammlung und Rätesystem brauchen sich nicht auszuschließen, es ist möglich, beide zu verbinden, wenn das Proletariat sich nicht demoralisieren läßt. Das Rätesystem in den Betrieben kann so zu einer Institution werden, die vom kontrollierenden Organ mit der Zeit zu einem Organ wird, bestimmt, die Leitung der Produktion in die Hand zu nehmen.

Auf diesem Gebiete scheint in Arbeiter- und Parteifreien eine Klärung eingeleitet zu sein, obwohl es noch an bestimmten Richtlinien für das Arbeitsgebiet der Arbeiterräte fehlt. Gleich gibt es Parteifreien, die noch heute anders denken und die meinen, unser ganzer Kampf müßte der Nationalversammlung gelten, während der größte Teil unserer Genossen doch der Ansicht zuneigen, jede Resolution auszunutzen und sie zu einem Mittel für unsere sozialistische Sache zu machen, möglicherweise nur zu einem Mittel, und nicht zum Zweck. Zweck und Ziel muß immer bleiben die Verwirklichung des Sozialismus. Daß diese Verwirklichung erst eintreten kann, nachdem das heutige gänzlich daniederliegende Wirtschaftsleben in Gang gekommen ist, und daß dazu das heutige Bankrot und Kreditwesen unbedingt notwendig ist, weiß jeder, der nur einatmen die Dinge versteht.

Es ist also der Weg, den das Proletariat zu gehen hat, klar vorgezeichnet. Und von diesem Wege werden wir uns nicht abbringen lassen. Wir haben uns unseren Wegweiser genau angesehen. Von den bürgerlichen Klassen wissen wir, wie sie dazu stehen. Sie haben sich noch mit einer demokratischen Republik ab, nicht oder mit einer sozialen oder sozialistischen Republik. Dieser Klasse gilt unser Kampf. Es gibt es keine Verjährung.

Aber es darf auch keine Verjährung geben mit den Leuten, die während des Krieges gezeigt haben, daß sie Schlichtbäcker der bürgerlichen Klasse gewesen sind mit den Reichheitssozialisten. Auch sie sind für Gegner, die einer ernsthaften, ziellosen Sozialisierung im Wege stehen.

Die Unabhängige sozialdemokratische Partei muß deshalb ihren Weg zur Verwirklichung des wahren Sozialismus allein gehen und zwar mit aller Entschiedenheit. Wir können kein anderes Ziel und müssen erst unsere Maßnahmen nur unter diesem Gesichtswinkel reifen. Alle Kräfte, die dabei mitwirken, sind uns willkommen.

Der Spartakusbund verurteilt, daß er auch dieses Ziel will und bald will. Darin gehen wir einig, nicht aber darin, wie er das will. Ganz gleich, wer heute die Regierung übernimmt, jede Regierung muß zunächst Frieden herbeiführen. Hoffstoffe heranschaffen und das Wirtschaftsleben in Gang bringen. Wer sich dem entgegenstellt, wer alles auf die eine Karte der Weltrevolution setzt, wirkt nicht revolutionär, sondern konterrevolutionär.

Mit dem Terror kann man auf die Dauer nicht regieren, das würden sich die Arbeiter selbst nicht gefallen lassen. Und so sehr viele von uns gewünscht hätten, mit den Anhängern des Spartakusbundes gemeinsam an der endgültigen Verwirklichung des Sozialismus zu arbeiten, so sehr muß man diese Taktik bekämpfen, die uns eher vom Wege zum Ziel ab, aber ihm nicht entgegenführt. Und nachdem er sich nun gar als selbständige Partei konstituiert hat, wird er seine eigenen Wege gehen. Viele, die wir ihm fast sympathisch gegenüberstanden, werden sich nunmehr gegen ihn wenden müssen. Die Spartakusleute werden sich stark berechnen, wenn sie hoffen, daß die große Masse der Berliner Arbeiter zu ihnen stehen werde.

Wohl wünschen ihre Parteigenossen eine revolutionäre Politik und sie begrüßen sie und reden der nach dieser Richtung hin wirkt. Aus diesem Grunde haben sie oft auch den Ausschüßungen Ablehner zugestimmt, aber sie machen diesmal die Spaltung nicht mit. Sie wissen ganz genau, daß sie ihre, daß sie unsere Komposition nicht schwächen dürfen. Zahlreiche Genossen haben auch an der Taktik mancher führenden Genossen unserer Partei manches und viel entgegenzusetzen. Aber sie sind doch der Meinung, daß sie die Richtung bestimmen können, wenn sie in der Partei ihre Meinung über das Wohin zum Ausdruck bringen. Und diese Möglichkeit war unsern Genossen gegeben und ist besonders jetzt und in Zukunft vorhanden. Wir haben immer Toleranz geübt und werden das auch in Zukunft tun. Aber gerade deshalb wird in weiten Parteikreisen das Bestimmen einer Reihe Genossen, eine eigene Liste für die Nationalversammlung aufzustellen, schärfste Mißbilligung erfahren. Man mag an unserer Parteiorganisation manches aussetzen haben, man kann niemandem, sei es wer es auch sei, zurechnen, wie in den Mägen zu fallen. Das bedeutet aber die bekanntgewordene Taktik, daß in Kreisen der revolutionären Elemente in Großbetrieben eine eigene Liste aufgestellt werden ist, obwohl alle, die der Partei angehören, alle Genossenschaft hatten, ihre Vorkämpfer zu machen. Mehr noch, obwohl eine Reihe von Genossen, die auch auf der Liste der Kandidaten standen, auch von unseren Genossen selber als Kandidaten in Vorschlag gebracht worden waren. Wenn sie ablehnten, ist es ihre Schuld. Die Begründung, sich mit einem bestimmten Genossen nicht auf eine Liste setzen zu lassen, ist eine so faden-schöne Sache, daß sie kein Genosse verständlich finden wird. Die Arbeit und die Tätigkeit aller Genossen, die in diesem Arminium bisher im Sinne der Revolution gearbeitet haben, in allen Ehren, ihr heutiges Bestimmen aber wird nur von wenigen Genossen entschuldigt werden, so sehr viele Genossen innerlich mit ihnen ein Herz und eine Seele sind. Hier hört es auf. Was den einen Komitee recht ist, ist einem hohen Tugend andern blutig. Jedes Organisationswerk ist durch eine solche Handlungsweise einfach unmöglich. Wegen Verleumdungen einen solchen Vorstoß gegen die Parteiorganisation zu unternehmen, ist unverantwortlich. Endliche Meinungsverschiedenheiten können und müssen im Rahmen der Partei ausgetragen werden. Das wäre sicher auf einem Parteitag möglich gewesen. Das ist nicht hunderttausend hat, kann kein Grund für die Heranziehung einer Liste sein.

Wir haben in unserer Bewegung schon manche Krisen überstanden und werden auch diese überwinden, wobei gar nicht verlangt werden soll, daß die letzte keine Werpänger hat. Aber ohne die Massen werden wir nicht zum Ziele kommen. Und die Massen gewinnt man nicht, wenn jeder auf eigene Faust neue Parteien gründet. Gemeinsam zu gemeinsamem Ziel die Massen erziehen, sie aufzuklären und zum Kampf und Sieg aufzurufen, das muß unsere Aufgabe sein. Das tut uns not. Unser sozialistisches Programm zeichnet das Ziel klar und scharf ab. Dielem Ziel: alles untergeordnet, auch die Person, sollte für proletarische Kulturkämpfer selbstverständlich sein.

Was uns heute not tut, ist nicht die Bildung neuer Gruppen, sondern Arbeit, intensive Partiarbeit.

Vollstliche Nachrichten.

Eine Ostente-Kommission in Berlin. In den nächsten Tagen trifft eine Kommission von drei Offizieren der Ostente, von Spa kommend, in Berlin ein, um die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen der Marineflottille in Jüterbog und Neubrückhausen zu befehlen.

Die italienischen Minister Sari und Bissolati wurden durch Venoni und Jubevi ersetzt.

Die Tscheken sind am 1. Januar in Breßlau eingezogen.

Das neue Deutschland braucht gesunde Ehen

wie solche in der sozialwissenschaftl. Studie der Frau Dr. Fischer-Dückelmann

Das Geschlechtsleben der Frau

geschildert werden. Mit vielen Abbildungen in Qu.- und Schwarzdruck M. 3.-

Berner empfehlen wie das Lebrbuch der Frau Truska Boglenski

Die aufgeklärte Frau

eine der wenigen wertvollen Bücher auf diesem Gebiet. Zu beziehen durch

Vogler & Co., Berlin, Köthener Straße 27. Nbr. 3

Sonntag, 5. Januar, 9 Uhr vorm. Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus.

Groß-Berlin.

Seht die Wählerlisten ein!

Es stellt sich heraus, daß die Wählerlisten sehr unvollständig und lückenhaft sind. Es fehlen Wähler ganzer Häuser. Aus diesem Grunde ist es dringend nötig, daß jeder Wähler sich vergewissert, ob er in die Wählerliste eingetragen ist. Er kann auch Bekannte mit der Einsichtnahme betrauen.

Die Listen liegen wochentäglich von 12 Uhr bis 7 Uhr an den in der Sonntagsnummer veröffentlichten Stellen aus.

Die Arbeit der Justiz.

Frau Justitia in Moabit ist zur Zeit in ihrer Tätigkeit durch die verschiedenartigsten Umstände so eingeengt, daß die meisten der angeordneten Termine zur Hauptverhandlung teils gänzlich ausfallen, teils vertagt werden müssen. Die Wandelgänge und die Zeugenräume im Kriminalgerichtsgebäude bieten an manchem Tage das Bild völliger Vereinstimmung, und man sieht sich in die Zeit der sommerlichen Gerichtsferien verlegt. Wer aus dieser Stille den Schluß auf eine starke Verminderung der Kriminalität in Berlin ziehen wollte, würde sich allerdings einer Täuschung hingeben. Die augenblickliche Ruhe ist im wesentlichen auf die Wirkungen der allgemeinen Amnestie und neuerdings der Amnestie für ehemalige Kriegsteilnehmer zurückzuführen, denn es stellt sich bei Prüfung in ungezählten Fällen heraus, daß die Angeklagten unter einen der Gnadenklassen fallen, so daß das Verfahren gegen sie eingestellt werden muß. In vielen anderen Fällen scheitert eine Verhandlung daran, daß Angeklagte oder Zeugen nicht zur Stelle sind. Gestern mußten etwa 15 Termine aus solchen Gründen aufgeschoben werden. Daß die Kriminalität in Berlin sich leider nicht verringert, sondern wesentlich vermehrt hat, ergibt sich aus den täglichen Zeitungsberichten über Ueberfälle, Bedrohungen, Einbruchsdiebstählen usw. Die Spezialität der Straftaten angeblicher Sicherheitsbeamten, die in die Wohnungen eindringen und dort „Beschlagnahmen“ vornehmen, hat jetzt erschreckend viele Vertreter gefunden, wie schon aus der Tatsache hervorgeht, daß zur Zeit ein einziger hiesiger Anwalt mit nicht weniger als zehn solcher Fälle beschäftigt ist, in denen der Wert solcher „Beschlagnahmen“ teilweise bis zu 80 000 Mark hinaufgestiegen ist.

Der Keilnerstreik.

Am Silvesterabend begonnene Streik der Raffschau-Angehörigen hat bisher zu einem Teilerfolg geführt. Von 120 in Frage kommenden Betrieben haben 40 die Forderungen anerkannt. Die Besitzer der übrigen Lokale haben aber lieber die Sporen geschloffen und scheinen entschlossen, eher geschäftliche Verluste in Kauf zu nehmen, als daß sie den unter den heutigen Verhältnissen gar nicht unbedeutenden Forderungen ihrer Angestellten nachgeben. Daß sie diese Forderungen erfüllen könnten, ist nicht zu bezweifeln, denn das Raffschaugewerbe ist eines derjenigen, die im Kriege die besten Geschäfte und die Cafébesitzer zu reichen Leuten gemacht hat. Aber der Herr-im-Haus-Standpunkt spukt auch im revolutionären Zeitalter noch im Kopfe dieser Leute. Dabei werden sie in reichlichem Maße unterstützt von jener Presse, die wie die „B. Z. am Mittag“ und andere von Arbeitern und Angestellten noch immer, trotz vieler übler Erfahrungen, gehalten wird. Das genannte Blatt schiebt auch in diesem Falle die Schuld den Angestellten in die Schuhe, die nicht so lange warten wollten, bis die Unternehmer zu Verhandlungen bereit waren. Das sollte am 6. Januar geschehen. Mittlerweile hätten die Unternehmer aber das schöne Silvestergeschäft gemacht, und die Angestellten waren nicht dumm genug, in diese Falle zu gehen.

Der Streik am Silvesterabend sei glatter Terror gewesen, schreibt die „B. Z.“. Daß es dann auch Terror ist, wenn die Unternehmer jeden andern, der bewilligt, zu einer Konventionalstrafe zu verurteilen, diese Logik fehlt dem Blatte. Spontakus muß jetzt zu allem herhalten und hat auch, wenn man die „B. Z.“ liest, den Keilnerstreik verursacht. Wie gut, daß es da noch eine gelbe Organisation im Gewerbe gibt, den sogenannten Genfer Verband, der dabei ist, ein Aktionskomitee zu gründen, das sich gegen die terroristischen Einflüsse wenden wird.

Wir werden ja sehen, ob diese Elemente stark genug sein werden, den Unternehmern beim Abwürgen des Streiks erfolgreich zu helfen. Die Sympathien des Publikums, auch wenn dieses eine Zeilung durch den Streik in eine läbliche Lage gerät, werden gewiß in überwiegender Weise bei den Streikenden resp. den Ausgebeuteten sein. Denn die Forderungen richten sich in der Hauptsache gegen das Kringselbunwesen, das schon längst beseitigt sein sollte, aber leider noch aus dem vermoderten Staat in die Weltzeitung hinausgerettet hat.

Die Forderungen der Arbeitslosen.

Der Arbeiterrat der Arbeitslosen hatte zum gestrigen Nachmittag in den Ricks Busch eine Versammlung einberufen, die den weiten Raum bis auf den letzten Platz füllte. Die Versammelten nahmen zunächst den Bericht des Genossen Weise entgegen, der ihnen Auskunft über das Schicksal der in der Versammlung vom 20. Dezember 1918 gestellten Anträge und Resolutionen geben sollte. Mit Entrüstung nahmen die Zuhörer davon Kenntnis, daß nur ein Teil ihrer Forderungen bei den in Frage kommenden Stellen Gehör gefunden habe, und daß auf den anderen Teil überhaupt noch keine Antwort erfolgt sei. Die zeitweise recht fürmlich sich gestaltende Debatte brachte wiederholt zum Ausdruck, daß die Arbeitslosen zu der jetzigen Regierung keinerlei Vertrauen haben. Der Unwille steigerte sich, als ein Genosse vom Metallarbeiterverband seine Erfahrungen mitteilte, die er als einer von denen, die für Witwen zur Arbeit angeworben worden waren, gemacht hatte: schlechte Unterkunft, mangelhafte Kost, gegenüber ganz anders lautenden Versprechungen, und schließlich die Werkzeuge der dortigen Unternehmer zur Niederhaltung der Lohnforderungen der ansässigen Arbeiter. Aus unter der Bedingung, daß noch den in Witwen gesammelten Erfahrungen eine objektiv die Verhältnisse prüfende Kommission, der auch zwei Mitglieder des Arbeiterrates der Arbeitslosen angehören müssen, eingesetzt wird, soll einer Verhöhnung Berliner Arbeiter in die

Rohrentwände in Frage kommen. Ferner wird ein Antrag gestellt und angenommen, daß dem Demobilisierungsmat auch künftige Vertreter des Arbeiterrates angehören sollen und daß der Arbeiterrat in Kürze eine große Demonstration der Arbeitslosen veranstalten soll, um die Not auf dem Arbeitsmarkt anschaulich zur Erscheinung zu bringen. Unter festigen Protestrufen gegen Ober und Scheidemann ging die Versammlung auseinander.

Soldaten gegen Theodor Wolff.

Die gestrige Volksversammlung der Groß-Berliner Soldatenräte beschäftigte sich auch mit einem im „Berliner Tageblatt“ erschienenen, aus der Feder seines Chefredakteurs stammenden Leitartikel über die Verfassung der Matrosen. Die Versammlung gab ihre Entrüstung darüber durch folgende Resolution zu erkennen:

Die heutige Volksversammlung der Groß-Berliner Soldatenräte verurteilt ganz entschieden den im Leitartikel des „Berliner Tageblatts“ vom 30. Dezember 1918 von Theodor Wolff angeführten Satz:

„Die Spartaflotte und ihr Anhang von Dauerstreikern, verzerrten Soldaten und Verursachern von Unruhen zogen wieder hinter Särgen durch die Stadt.“

Ohne die Frage der politischen Gegensätze zu streifen, stellt die Volksversammlung auf dem Standpunkt, daß die einfache Pflicht es verbietet, in derartig standolider Weise das Gesehene der Opfer vom 24. Dezember zu beschuldigen.

Das „Berliner Tageblatt“ und sein Chefredakteur werden es nun wohl bald merken, daß sie mit ihrer Schreibweise bei den Trägern der Revolution keinen Anklang finden.

Der Kraftwagen im Demonstrationszug.

Allmählich kommt Licht in diese Angelegenheit, die gestern noch so dunkel schien, wie so mancher Vorgang bei einigen militärischen Kommandostellen in Berlin. Das Oberkommando in den Räumen sagt in einer Erklärung, daß von seiner Dienststelle des Oberkommandos der Befehl gegeben worden sei, einen Kraftwagen für den Demonstrationszug am Sonntag, den 29. Dezember, zu stellen, und daß kein Wagen aus einer dem Oberkommando unterstellten Fahrbereitschaft in dem Demonstrationszug gefahren worden wäre. Wir brachten diese Erklärung gestern. Heute können wir dem Oberkommando antworten, daß der Referent des Kraftfahrzeugwesens beim Oberkommando, der ehemalige Hauptmann Heinrich, der Fahrbereitschaft den Befehl zur Bestellung des Wagens gegeben hat. Es bleibt nun noch die Frage, von wem der Referent den Befehl zur Weitergabe erhalten hat. Er selbst untersteht nur dem Kriegsministerium, hat also Befehle nur von den höchsten Regierungsstellen zu empfangen. Sollte es daher kommen, daß im Oberkommando die Rechte nicht weiß, was die Linke tut? Wir empfehlen den Herren, die die oben zitierte Erklärung abgegeben haben, sich in Zukunft erst einmal in ihrer Behörde genau umzusehen, bevor sie die Öffentlichkeit falsch unterrichten.

Bei dieser Gelegenheit eine andere Frage. Wir leiden großen Mangel an Benzin und anderem Material für den Kraftwagenbetrieb. Zahlreiche Kraftfahrzeugfahrer leiden darunter und müssen ihre Wagen ruhen lassen, weil es ihnen an Betriebsstoffen fehlt. Könnte man nicht etwas für das Ausblenden unseres Wirtschaftsstandes zur Herstellung der vielberufenen Ordnung tun, indem man die überhandnehmenden Autosohrereien mander Behörden und Einzelpersonen einschränkt? Der Kraftaufwand für das Automobil im Demonstrationszug hätte z. B. schon gespart werden können. Und auch manche andere Fahrt, die heute im Auto gemacht wird, könnte mit der Straßenbahn erledigt werden.

Die Jugendsektion der „Freien Jugend Berlins“.

Die Jugendsektion der Partei, die nicht lange vor dem Kriege eingerichtet wurde, nimmt nach längerer Unterbrechung ihre Tätigkeit wieder auf und ladet alle früheren Mitglieder zu einer Versammlung ein, die am Sonnabend, 7. Uhr, im „Jugendheim“, Brunnenstraße 57, stattfindet. Trotz der völlig veränderten politischen Lage glaubt die Sektion auch heute noch wichtige Aufgaben erfüllen zu können, indem sie die der Jugendbewegung Entworfenen (ältere Jugendliche) sammelt, um politische Tagesprobleme zu besprechen, in Diskussionsabenden oder im Anschluß an sachkundige Referate. Die Revolution hat die Arbeiterklasse vor so tiefen Aufgaben gestellt, daß heute eine tiefere Einsicht in die Zusammenhänge nicht nur graue Theorie, sondern eine Lebensnotwendigkeit ist, wenn möglichst zweckmäßig gehandelt werden soll. Daher bitten wir alle politisch Interessierten und tätigen jungen Arbeiter und Arbeiterinnen am Sonnabend zu erscheinen. Der neue Aufgabenkreis der Sektion wird eingehend besprochen und ein Arbeitsplan festgelegt werden.

Die Vorarbeiten für die Einführung des elektrischen Betriebes auf der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahn sind nunmehr soweit abgeschlossen, daß mit der Bauausführung begonnen werden kann. In den ursprünglichen Entwürfen war als erster Bauabschnitt die Wannesebahn vorgesehen; von diesem Plane ist man jedoch abgesehen in der Erwägung, die Vorteile des elektrischen Betriebes zuerst solchen Bezirken zugute kommen zu lassen, deren Industrie die Anwohner zu regelmäßigen weiten Fahrten zwingt. Mit der Stadtbahn zu beginnen, ist nicht möglich, weil die Inbetriebnahme einer Strecke, wie die Stadt- und Ringbahn mit den damit verbundenen Vorortbahnen, sofort einen größeren Wagenpark erforderlich machen würde. Aus diesen Gründen soll jetzt die 30 Kilometer lange Strecke Berlin-Cranienburg als erste Strecke umgebaut werden. Die Strecke berührt zunächst die Industrieviertel in Reinickendorf-Wilhelmsau und führt dann durch das bereits erschlossene Siedlungsgebiet Dersdorf, Frohnau, Stolpe, Wickenwerder bis nach Oranienburg. Zur Ausführung gelangt eine Bauart, die an jedem Jagende ein zweiaxliges Triebgestell vorstellt; ein Zug dieser Bauart ist während des Krieges auf den elektrischen Bahnen Mittelschleifens erprobt worden. Die Verwendung dieser Bauart hat den Vorzug, daß nur wenige Wagen neu angefertigt zu werden brauchen. Im übrigen werden die bisherigen Wagen des Vorortverkehrs weiter benutzt, sie werden nur an elektrischer Beleuchtung und Heizung versehen. Jeder Zug soll aus zwölf Wagen bestehen und ist so eingerichtet, daß er in der verkehrsschwachen Zeit geteilt und jede Zughälfte als selbständiger Zug gefahren werden kann. Von den zwölf Wagen des Zuges bestehen zehn aus gewöhnlichen Vorortwagen; die beiden mittleren erdalen Drehgestelle, um einen ruhigen Gang zu gewährleisten, wenn sie als Zugspitze fahren. Als Stromzuführung ist eine neue Oberleitung konstruiert worden, bei der jede Störung der in der Nähe befindlichen Telegraphenleitungen ausgeschlossen wird. Mit der Bauausführung wird voraussichtlich schon im April begonnen werden, die Ausführung des ersten Bauabschnittes, der Strecke Berlin-Cranienburg, wird etwa

1 1/2 Jahre dauern. Die Vorteile des elektrischen Betriebes liegen nicht nur in der völligen Umgestaltung der Brennstoffwirtschaft, vielmehr tritt durch den elektrischen Betrieb eine wesentliche Besserung der Fahrtdauer ein, da die Reisegeschwindigkeit eine größere ist als die der mit Dampfmaschinen betriebenen Züge. Die Besserung der Fahrzeiten, die Steigerung des Zugverkehrs für die beruflich Reisenden erleichtert die weiträumige Siedlung.

Als Räuber festgenommen wurde wieder ein fälscher Sicherheitssoldat, der früher allerdings ein echter war. In der Nacht zum Donnerstag wurde in der Langen Straße in der Nähe des Schlesischen Bahnhofes ein Pole von einem Soldaten angeprochen, der die rote Binde der Sicherheitswehr trug. Der Pole befand sich auf der Durchreise und hatte für die Nacht kein Unterkommen. Da kamen noch zwei Zivilisten dazu, die sich als Handwerker vorstellten und ihm ein Obdach anboten. Der „Sicherheitssoldat“ und die beiden anderen begleiteten nun den Polen angeblich nach seinem Quartier. An einer dunklen Stelle der Straße forderte ihn oder plötzlich der Soldat auf, herauszugeben, was er bei sich habe. Als er das freiwillig nicht tat, wurde er kurzerhand ausgeplündert. Der Verurteilte schlug Lärm, und so wurden Volksgenossen des 24. Regiments aufmerksam. Sie nahmen die beiden Zivilisten fest, während der „Soldat“ sich drückte. Auf dem Weg nach der Wache aber kam dieser wieder heran, jetzt ohne Armbinde und erklärte, daß er den Polen gegen die Hebelhüter in Säug genommen habe. Er ging auch dreist mit noch der Wache und wollte auch dort seine Beschuldigungen weiterspielen. Der Ueberfallene erkannte aber in ihm den „Sicherheitsbeamten“ wieder, der jetzt seine Binde verloren haben wollte. Er wurde erkannt als ein Komtur Martin Rowacki, und die Kriminalpolizei erkannte in ihm einen Mann, der früher wegen Strafenmaßes schon mehrfach bestraft worden ist. Es war Rowacki gelungen, sich in den ersten Tagen der Revolution in die Sicherheitswehr einzuschleichen. Bei der Säuberung wurde er aus der Wehr entfernt, gab aber die Binde nicht ab und trug auch weiterhin die Soldatenuniform. Die beiden anderen Beschäftigten wurden festgesetzt als ein Edward Dominikow und Theophil Weizelowski, die am Schlesischen Bahnhof umherlieferten, um durchreisende Polen abzufangen und zu berauben. Bei ihnen fand man noch die ganze Summe über 1000 Mark, die sie dem Ueberfallenen abgenommen hatten.

Eine traurige Ueberraschung brachte der Silvesterabend der Frau des Komturs Hermann Schmidt aus der Bahnstraße 4 zu Neukölln. Schmidt, der in einer Pinoleumfabrik in der Bergstraße zu Neukölln beschäftigt war, machte öfter Ueberstunden. Seine Frau brachte ihm dann das Essen nach der Fabrik. So tat sie es auch am Silvesterabend, als er nicht nach Hause kam, in der Annahme, daß er wieder Erntzeiten auch jetzt wieder länger arbeiten würde. Als sie nach der Fabrik kam, fand sie aber ihren Mann tot auf. Beim Feiern hatte er sich bereits umgezogen, um heimzugehen. Jetzt sah er tot an seinem Arbeitstische. Im letzten Augenblick, als seine Mitarbeiter die Fabrik schon verlassen hatten, hatte ein Herzschlag seinem Leben ein Ende gemacht.

Beschleppert ist wahrscheinlich ein 11jähriges Mädchen, Gertrud Heine, das seit dem 9. Dezember vermißt wird. Die Kleine besorgte für eine Bäckerin in der Postlage in der schülreien Zeit zur Aushilfe Botengänge. Am 9. Dezember ging sie abends von dort weg und seitdem ist sie vermisst. Drei Tage später will man sie mit einem feingekleideten Herrn in der Wehrentstraße gesehen haben. Allem Anscheine nach wird sie von diesem zu unsauberen Zwecken verborgen gehalten. Das Mädchen hat eine mittlere Gestalt, blaue Augen und blondes Haar und trägt einen graubraunen Mantel mit braunem Sammetragen, ein dunkelblaues Kleid, dunkelblaue Kristallknöpfe, ein Anzeichen und schwarze Strümpfe und Stiefeln mit Holzsohlen. Mitteilungen über den Verbleib der vermißten nimmt Soldatenrat Sicking vom 2. Btl. des Eisenbahn-Regiments Nr. 1 entgegen.

Die betrügerischen Hauszusätze bei den Spielclubs, über welche wir seinerzeit berichtet haben, hatte zur Verhaftung des angeklagten Anführers, des Kaufmanns Arthur Roser, geführt. Moser sollte angeblich dabei Spielgelder in Höhe von über 60 000 Mark „beschlagnahmt“ haben, so daß ein Verfahren wegen Betruges bezw. Nötigung gegen ihn eingeleitet wurde. Der Beschuldigte, der jede betrügerische Absicht auf das entschiedenste bestritt, ist gestern gegen vorläufige Stellung einer Kaution von 8000 Mark aus der Untersuchungshaft entlassen worden.

Reinickendorf. Für die bedürftige Einwohnerschaft unserer Gemeinde steht ein Posten aus Material hergestellter Lederhose bei Herrn Deeg, Reibengasse 89 II, Hof, zum Verkauf. — Für Kinder bedürftiger Kriegswitwen sind einige Paar Lederhosen in den Größen 23—33 zum Preise von 16—23 Mark abgegeben. Anmeldungen in Zimmer 23 des Rathauses erbeten.

Berliner Volkshor. Der Begründer und langjährige Dirigent des Volkshors, Dr. Jander, ist aus dem Felde zurückgekehrt und hat die Leitung des Chors wieder übernommen. Zur Einstudierung gelangt zunächst „Hauts Verdamnung“ von Verling. Einmündige Männer und Frauen, die an der für Mai geplanten Aufführung des schwierigen Chorwerkes teilnehmen wollen, werden dringend gebeten, schon in der nächsten Probe dem Chor beizutreten. Die Chorproben finden in der Aula, Langestr. 31, Montags und Freitags von 18—1410 Uhr abends statt. Notizenamt ist zum Eintritt nicht erforderlich.

Freie Jugend Groß-Berlin, Gruppe Petersburger Viertel. Unsere nächste Versammlung findet am Freitag, den 8. Januar 1918 7 1/2 Uhr abends im Lokal von Schwärz, Jordanstraße, 541 Thierstraße statt. Stellungnahme zur Generalversammlung.

Lebensmittellieferer.

Groß-Berlin. Vom 8. Januar 1918 ab wird bis auf weiteres auf die „C 1“-Karten 16 Liter Vollmilch ausgegeben. Im übrigen erfolgt die Milchlieferung gemäß der Bekanntmachung vom 23. Dezember 1918.

Reinickendorf. Gegen Abkämpfung der 1/2 Liter-Milchkarten für Bekante für Monat Januar kann auf jede Karte in den amtlichen Verkaufsstellen des Ostens oder bei Frau Sperlich im Westen ein Ei zum Preise von 41 Pf. in Empfang genommen werden. Schwangere haben Anspruch auf zwei Eier. — Auf Abschnitt 88 der Lebensmittelliste Groß-Berlin werden 100 Gramm Griech. auf Abschnitt 89 derselben Karte 100 Gramm Graupen und auf Abschnitt 90 der Lebensmittelliste für Jugendliche 100 Gramm Graupen abgegeben. Die Anmeldung bei den Kleinhandlern und den amtlichen Verkaufsstellen hat bis einschließlich 7. Januar zu erfolgen.

Aus den Organisationen.

Starter Kreis 20. Abteilung. Am Freitag, den 8. Januar, abends 7 1/2 Uhr, findet in den Fortuna-Beispielen eine öffentliche Versammlung statt.

Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Wahlen zur Rationalversammlung. 2. Diskussion. — Die Nachbarabteilungen werden gebeten daran teilzunehmen. Der Einberufer.

Veranstaltungen.

Stegh. Die Steglitzer Parteigenossen, die in der Unabhängigen Sozialdemokratie organisiert sind, haben nun endlich freie Bahn, um für die politische Auffassung im Sinne der U. S. P. zu wirken. Der hiesige Wahlverein der U. S. P., der unter seinen Mitgliedern die Zentralleitung des Spartakusbundes hat und in seiner Weisheit dessen Standpunkt teilt, hatte zu Montagabend eine Mitgliederversammlung einberufen, in der u. a. nochmals eine Aussprache über die Beteiligung oder Nichtbeteiligung an der Nationalversammlung stattfand. Nach für und Wider wurde nochmals von beiden Richtungen eingehend erörtert; die Berliner Führer des Spartakusbundes hielten ihre helle „Freude“ gebieterisch, da sich alle Spartakusanhänger pang entschieden gegen die Wahlbeteiligung an den Nationalwahlen aussprachen. Mit etwa 90 gegen 20 Stimmen bei ebenfalls Stimmhaltungen wurde ein

Antrag, sofort den Uebertritt zu Spartakusbund zu vollziehen, angenommen. Bevor zu dieser Abstimmung geschritten wurde, wurde von Seiten der U. S. P.-Mitglieder den vorher gewählten Delegierten zur Kreisgenossenschaft das Recht bekräftigt, noch an derselben teilzunehmen, da sie dann selbstverständlich, wenn der erwähnte Antrag angenommen wird, nicht mehr Mitglieder der U. S. P. sind, demnach auch nicht mehr an der Kreisgenossenschaft einer Organisation, der sie nicht mehr angehören, teilnehmen dürfen. Seitens der Mitglieder der U. S. P. wurde ferner erklärt, daß sie es begrüßen, daß sich endlich die Geister scheiden, was im Interesse der Stoffkraft der Arbeiterbewegung an sich bedauerlich, aber im Interesse des Wirkens für die Sozialdemokratie eine Notwendigkeit ist. Nichts kann in jeder Beziehung besser sein als Klarheit. — Es sollte und nicht wundern, wenn nach kurzer Zeit, da die Reichskonferenz des Spartakusbundes doch so „klar“ und „einmütig“ (sic!) Stellung „für“ und

„gegen“ die Nationalversammlung genommen hat, gleich in der ersten Versammlung des Spartakusbundes die Steglitzer Mitglieder dieser kleinen deutschen Minderheit ihre Führer, da ja jetzt schon nicht mehr in der wichtigsten Frage 100% Zustimmung sind, zum Tadel jagten würden — aber diese Konzeption wird den hiesigen Spartakusleuten fehlen. — Die konstituierende Versammlung der U. S. P. wird dieser Tage in der „Freiheit“ bekanntgemacht und ersehen wie alle Parteigenossen und Anhänger, zu erscheinen, damit wir die kurze Zeit, die uns noch zur Nationalversammlung verbleibt, zur intensiven Auffklärung benutzen.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Wiegand, Revellstr. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsanstalt m. b. H., Schillbaurdamm 19.

Sehr vorteilhafte Photo!!!

Röcke aus der Reichsbekleidungsliste 1919 in der in der Magistratschule, Serie III 28.60, Serie IV 35.40, Serie V 43.20, Serie VI Tuchrocke 62.85.

Lang-Pe'zmäntel 1150, 1900, 2500	P'äsohmäntel 248, 353, 498
Impr. Seidenmäntel 145, 183, 216	Asiraehämäntel 153, 214, 312
Kostüme 125, 188, 278	Seidenkleider 160, 225, 276
Wettermäntel 58, 72, 85	Sportjacken 34, 39, 45
Urster (weiche Stoffe) 88, 135, 210	Polzgoldfarbte Urster 255, 280, 328

Original-Modelle in Pelzen, Kostümen, Mänteln zu sehr vorteilhaften Preisen!!

Westmann

L. Geschäft: Berlin W., Mohrenstraße 37a. R. Geschäft: Berlin NO., Gr. Frankfurter Straße 115.

Sonntags geschlossen.

Verband der Hausarztvereine
Berliner: G. Jacob, Berlin, Mohrenstr. 4. Tel. Nocht 5713.

Arbeiter! Süden! Frauen!

Freitag, 3. Januar, abends 7 Uhr, im „Wirtschaftlichen Hof“, Admiralstr. 18c

Gr. öffentl. Volksversammlung!

Wir fordern ein Ministerium für Volksgesundheit!

Referent: Genosse Dr. Jul. Moses.

Arbeiter und Frauen erscheint in Massen!

Die Einberufer: G. Jacob, M. Thurm.

Schlafzimmer!!!

Rosenlauer in aparte denkmalhaftem bierbaum, birke, eiche, wellenlackiert, billigst, Besichtigung abt.

30 Möbelhaus Osten 30 nur Andreestrasse

4 Zuverlässige Botenfrauen

für 1. Januar gesucht.

Verlag d. Freiheit Schillbaurdamm 19a

U. S. P. Neukölln

Am 28. Dezember 1918 verstarb plötzlich unser Genosse

Karl Pfaffe,
Alterstr. 4 (21. Dez.)

Die Einäscherung findet am Freitag, den 3. Januar, nachm. 3 Uhr, Krematorium Gerichtstr. 37-38, statt. Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand.

Lebensgefährtin

Sucht 30 J. Junges, Gesunde, Handwerker, Kinzig, Mädchen oder Witwe, gesund u. liebenswürdiger Charakter, Rückhalt, die zurück gesucht werden unter „Zukunftsglück“ an d. Exped. dieser Zeitung.

Arbeiter. Kurse theoretische Ausbildung zum Fabrikmeister. Preiswert. Besondere Schreiberstraße 14, hochparterre.

Kleine Anzeigen

Lebensgefährtin

Sucht 30 J. Junges, Gesunde, Handwerker, Kinzig, Mädchen oder Witwe, gesund u. liebenswürdiger Charakter, Rückhalt, die zurück gesucht werden unter „Zukunftsglück“ an d. Exped. dieser Zeitung.

Arbeiter. Kurse theoretische Ausbildung zum Fabrikmeister. Preiswert. Besondere Schreiberstraße 14, hochparterre.

Gitarrezithern

mit Unterlegnoten 24., große 6-akkordige 36. — Mandolinen ca. 20.— bis 70.—, Mandolinen, Gitarren 45.—, Orgelklänge, Konzertorgeln 125.— bis 145.—, Schillerorgeln 45.—, Konzertorgeln 145.—, Unterlicht 5.—, Monsthorner 10.—, städt. Schnellwagen Ernst, Inhaber.

Friedenspiano

erklautes, vert. Bassonett, Winterfeldstr. 7, IV.

Riesenverdienst

Strassenhändler, Soldaten, Arbeitslose zum Vertrieb des neuesten Liedes

Der Sozialistenmarsch der Toten

Preis 15 Pf. 1000 St. 60.00 M. Leitreiter

Drei einbinder, 31 III

Spediteure!

Uebrig Exemplare der Nr. 44 der „Freiheit“ bitten wir umgehend in der Hauptexpedition Schillbaurdamm 19 abzuliefern.

Achtung! Mitglieder!

U. S. P. Neukölln.

Seht die Wählerlisten zur Nationalversammlung ein. In den Bezirkslokalen wird Auskunft erteilt, wo die Listen ausliegt.

Der Vorstand.

Ein- und Zweifrauen

späher-Gesosone, Plattenwagen, Breaks empfiehlt den geehrten Genossen Karl Bakzat, Fuhrgeschäft, Alt Moabit 60

Frauen

zum Austragen d. Freiheit werden eruchtet.

Arzt, Simonsstr. 2.

6. Wahlkreis U. S. P. D.
Heute, Freitag, den 3. Januar 1919

Öffentliche Volksversammlungen

- Stadtktheater, Alt-Moabit 47 abends 6 Uhr
- Schulaula, Gleimstraße 49 abends 7 Uhr
- Pharmazie, Müllerstraße 142 abends 6 Uhr
- Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder Straße 42, abends 7 Uhr
- Schulaula, Grenzstraße 8 abends 7 Uhr

Tagesordnung: Die Revolution und die Nationalversammlung.
Referenten: Dr. Weyl, Rosenfeld, Becker, Lohmann, Vollmershaus.

Voranzeige! Sonntag, 5. Januar, vormittags 10 Uhr, Germania-Halle, Chausseest. 110. **Öffentliche Wählerversammlung.**

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Berlin.

Sonntag, den 5. Januar 1919, vormittags 10 Uhr

2 öffentliche Volksversammlungen

Aula Mohrenstraße 41 + Germania-Halle Chausseestrasse

Tagesordnung:
Die politische Lage und die Wahlen zur Nationalversammlung.
Referenten: **Emil Eichhorn, G. Sabath.**
Der Propaganda-Ausschuss.